caritas in NRW AKTUELL

INFODIENST DER DIÖZESAN-CARITASVERBÄNDE AACHEN, ESSEN, KÖLN, MÜNSTER UND PADERBORN



30 JAHRE CARITAS-WERKSTATTRÄTE

"Ein großer Schritt zu Mitbestimmung und Mitwirkung"

Erstmals 1990 organisierten Mitarbeitende mit Behinderung in Caritas-Werkstätten für Menschen mit Behinderungen eine eigene Beschäftigtenvertretung. Bei einem Treffen in Gelsenkirchen feierten sie jüngst das Jubiläum "30 Jahre Werkstatträte".

V on der Beschäftigtenvertretung zum Werkstattrat mit Mitbestimmungsund Mitwirkungsrechten war es ein großer Schritt", sagte der Paderborner DiözesanCaritasdirektor Josef Lüttig als Vorsitzender der Konferenz der Caritas-Werkstätten in NRW. Erst seit mit dem Bundesteilhabegesetz im Jahr 2017 die Rechte der Werkstatträ-

AUSGABE DEZEMBER 2021

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

- **Caritas-nrw.de/nachrichten
- facebook.de/caritas_in_NRW
- redaktion@caritas-nrw.de



te deutlich gestärkt wurden, gibt es echte Mitbestimmungsrechte.

"In der Pandemie haben Werkstatträte gezeigt, wie wichtig sie sind", sagte Lüttig. Sie hätten die Hygiene-Schutzkonzepte in den Werkstätten unterschrieben, "sie waren in vielen Krisenstäben vertreten und haben dort Anregungen und Ideen geliefert", würdigte der Diözesan-Caritasdirektor den Einsatz der Werkstatträte.

Ihr Mitwirkungsrecht betreffe heute beispielsweise auch Konzepte zum Schutz vor Gewalt, sie seien aktiv in die Prozesse zur Gewaltprävention eingebunden. Zudem seien sie wichtiger Diskussionspartner beim "Dauerbrenner Entgelt", sagte Lüttig. Man warte gespannt auf die Ergebnisse einer Studie der Bundesregierung, die das Entgeltsystem in Werkstätten untersuchen solle. Diese Untersuchung soll 2023 vorliegen.

"Tolle Arbeit"

"Sie haben ein offenes Ohr, wenn es Probleme gibt, Sie sind Netzwerker für die Beschäftigten, aber auch für die Hauptamtlichen", sagte die Landesbehindertenbeauftragte Claudia Middendorf in einem Video-Grußwort. Sie dankte den Werkstatträten für ihre "tolle Arbeit, die Sie jeden Tag, jeden Monat, das ganze Jahr über leisten". Ein Werkstattrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die Zahl steigt analog zur Zahl der Wahlberechtigten in den Einrichtungen auf bis zu 13 Werkstatträte.

Die Beschäftigtenvertretung in Nordrhein-Westfalen war im Jahr 1990 zunächst eine Plattform für Selbstbestimmung und Mitwirkung auf dem Weg zu mehr Mündigkeit und Verselbstständigung der 6000 Menschen mit Behinderungen in Caritas-Werkstätten. Die Caritas hat die Arbeit der Werkstatträte stark gefördert. Nachdem sie zunächst durch Ehrenamtliche begleitet wurden, gibt es inzwischen eine hauptbe-

rufliche Fachkraft zur kontinuierlichen Unterstützung. Alle Caritas-Werkstätten in NRW beteiligen sich an der Finanzierung.

https://t1p.de/thfq



PAKT GEGEN GEWALT

Frauenhäuser erhalten

en von Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach (CDU) geplanten Pakt gegen Gewalt begrüßen die katholischen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in NRW. Wie wichtig der Ausbau der Hilfen sei, zeigten die neuesten Zahlen zur Zunahme häuslicher Gewalt im vergangenen Jahr, erklärt Monika Brüggenthies für die Landesvertretung der katholischen Frauenhäuser in NRW. Allerdings dürften dafür nicht, wie ursprünglich angedacht, die bestehenden Schutzeinrichtungen in zentralen Anlaufstellen aufgehen. Dies habe die Landesvertretung zusammen mit der Freien Wohlfahrtspflege NRW und den Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhilfeangebote in Stellungnahmen deutlich gemacht.

Aus gutem Grund müssten die Adressen der Frauenhäuser insbesondere für die Täter geheim bleiben. Da könnten nicht die zentralen Beratungsstellen unter dem gleichen Dach wie die schutzsuchenden Frauen und Kinder wohnen. Zudem habe sich die über Jahre gewachsene Struktur der Einrichtungen bewährt. Insbesondere auf dem Land und in großen Flächenkreisen seien die von der Ministerin so genannten "Powerhäuser" für viele Frauen in Not nur schwer erreichbar. Den Bestand der vorhandenen Frauenhäuser zu erhalten, habe die Ministerin zwischenzeitlich zugesagt.

Grundsätzlich sieht Brüggenthies, die die Abteilung Soziale Dienste und Familienhilfe im Diözesan-Caritasverband Münster leitet, einen guten Ansatz darin, die Unterstützungs- und Hilfeangebote für geschädigte oder von Gewalt bedrohte Menschen zu bündeln und auszubauen.

Kritisch bewertet wird von den Expertinnen und Experten der Begriff "Powerhaus", der eher an eine Sporteinrichtung denken lasse, was insbesondere für die hier angebotenen Hilfen wenig passend sei, so Brüggenthies.

CPM

WECHSEL IM PRÄSIDENTENAMT

Neher verabschiedet - Welskop-Deffaa neue Caritaspräsidentin

Eva Maria Welskop-Deffaa ist neue Caritaspräsidentin. Die 62-jährige Volkswirtin wurde bei einem Festakt in Freiburg vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, offiziell in ihr Amt an der Spitze des größten deutschen Wohlfahrtsverbandes eingeführt. Damit hat die Caritas erstmals in ihrer Geschichte eine Präsidentin.

er bisherige Präsident Peter Neher (66) wurde bei dem Festakt und Gottesdienst im Freiburger Münster verabschiedet. Bätzing sagte, Caritas als Streiterin für die Anliegen von Menschen in Sorgen und Nöten und Kirche seien untrennbar verbunden. Für die anstehenden Herausforderungen wünsche er Welskop-Deffaa Erfolg, Tatkraft sowie das nötige Quäntchen Glück. In ihrer Antrittsrede beschrieb Welskop-Deffaa die Caritas als Gottes Dolmetscherdienst, der sich beispielsweise an den Krankenbetten, in der Stromspar-Check-Beratung, in den Bahnhofsmissionen und an vielen anderen Orten zeige. Mit Sorge schaue sie auf die aktuelle Corona-Lage: "Die vierte Corona-Welle erwischt uns mit voller Wucht."

Zugleich würdigte der Bischofskonferenz-Vorsitzende Bätzing den bisherigen Präsidenten Peter Neher. Ihm gebührten für kluges, verbindliches und aufopferungsvolles Handeln als Präsident großer Dank, Respekt und Anerkennung. Als wichtige Leistungen Nehers nannte Bätzing die Unterstützung von Menschen in prekären Lebenssituationen, die Aufnahme und Integration von Migranten besonders nach 2015, das Abfedern der sozialen Folgen der Corona-Pandemie sowie die Forderung, dass Klimaschutzpolitik nicht zulasten der ohnehin Schwachen gehen dürfe. Auch habe sich Neher, der die Caritas seit 2003 leitete, deutlich gegen Parteien und gesellschaftliche Strömungen positioniert, die nach nichts anderem als der Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserem Land trachteten, sagte Bätzing. Herausragend seien Nehers Verdienste zudem bei Lebensschutzfragen gewesen, etwa zuletzt bei der vom Bundesverfassungsgericht angestoßenen Neuregelung der Suizidbeihilfe.

Hierauf bezog sich auch Caritasbischof Stephan Burger in seiner Festpredigt im



Sichtbares Zeichen, wie sich auch die Caritas wandelt: Sie hat nun erstmals eine Präsidentin - Eva M. Welskop-Deffaa folgt auf Peter Neher. Foto: DCV / S.K.U.B. Silvia Kühne

Freiburger Münster. Es dürfe nicht der letzte Maßstab sein, am Lebensende die Autonomie des Einzelnen über alles zu stellen. "Immer noch leben wir in Beziehungen und sind aufgerufen, einander in existenziellen Situationen beizustehen und Menschen nicht alleine zu lassen. Der Tod darf nicht zur Lösung für mangelnde Solidarität werden", sagte Burger. Neher bedankte sich insbesondere bei den Mitarbeitern der Caritas. "Was Sie als Mitarbeitende und Ehrenamtliche national und international leisten, ist Teilhabe am Sendungsauftrag der Kirche", so Neher. "Und das in einer Zeit, die viele als Krise der Kirche und des Glaubens erfahren."

Neher war 18 Jahre lang Caritaspräsident. Im vergangenen Jahr hatte er entschieden, nicht für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Welskop-Deffaa saß bereits seit 2017 im Vorstand des Caritasverbandes. Zuvor arbeitete die Duisburgerin im Vorstand der Gewerkschaft Verdi und leitete von 2006 bis 2012 die Gleichstellungsabteilung im Bundesfamilienministerium. Auch für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) engagierte sie sich.

Die Rente muss zum Leben reichen

n is zum Überdruss taucht in Abhandlungen zum Thema "Armut in Deutschland" immer wieder das Ruhrgebiet als Problemregion Nummer 1 auf. Wie viele Jahre liegen die Probleme schon auf dem Tisch und werden nicht besser, sondern konstant schlechter! Das Statistische Bundesamt weist zwischen 2006 und 2019 für das Ruhrgebiet einen Anstieg der Armutsquote um 36 Prozent nach - in ganz Deutschland waren es 14 Prozent. Am schlimmsten trifft es die Region Duisburg/Essen mit einem Anstieg um 48 Prozent. Dass die Armut alter Menschen überdurchschnittlich zum Abwärtstrend beiträgt, ist ebenfalls kein Geheimnis. Der Paritätische Armutsbericht analysiert für das Jahr 2019, die stärkste, sehr kontinuierliche und im Trend dramatische Zunahme von Armut in der Metropolregion Ruhr mit ihren 5,8 Millionen Menschen sei bei Rentnern und Pensionären festzustellen, deren Armutsquote in den genannten 13 Jahren von zehn auf 17 Prozent gestiegen sei.

Das liegt zum großen Teil an den steigenden Mieten. "Etwa zwei Drittel aller älteren Miethaushalte müssen mindestens 30 Prozent des Einkommens für Miete aufwenden. Bei älteren Frauen ab 65 Jahren entfallen sogar 35 Prozent des Einkommens auf die Miete", rechnet die Freie Wohlfahrt in einem Beitrag zum Sozialbericht NRW 2020 vor.

Was ist zu tun? Die Malteser in Gelsenkirchen gehen das Problem praktisch an, schreiben gemeinsam mit der Stadtverwaltung alle Älteren an und schicken auf deren Wunsch geschulte Ehrenamtliche ins Haus. Die berichten den alten Menschen, welche Möglichkeiten es im Stadtteil gibt, unter Leute zu kommen, ein Seniorencafé oder die Sitztanzgruppe zu besuchen, und sie informieren über leicht zugängliche Beratungsangebote bei finanziellen Schwierigkeiten. Aktiv werden müssen die Senioren dann aber selbst, so verlangt es der Datenschutz. "Vielen Älteren fällt es schwer, über ihre Armut zu sprechen", sagt Malteser Moritz Bott.

Das Zusammenleben in der Stadt profitiert von Initiativen wie dieser in Gelsenkirchen. Will man grundsätzlich die Lebensbedingungen alter Menschen verbessern, braucht man einerseits gute Abstimmungen zwischen kommunaler Sozialplanung, menschenwürdigem, bezahlbarem Wohnraum und den Angeboten der Wohlfahrt. Andererseits fordert die Caritas gemeinsam mit anderen Freien Trägern schon lange vom Bund eine Alterssicherungspolitik, die diesen Namen verdient. Die Rente muss zum Leben reichen.

NEUE REGIERUNG MUSS BILDUNGSOFFENSIVE STARTEN

Armut an der Wurzel packen

Jedes fünfte Kind und jeder vierte junge Erwachsene ist in Deutschland armutsgefährdet. Um die Ursachen zu bekämpfen, braucht Deutschland nach Ansicht der Caritas in der Diözese Münster eine Bildungsoffensive. "Insbesondere Kinder, deren Familien von Hartz IV leben, werden nach wie vor abgehängt", kritisiert Helmut Flötotto, Referatsleiter Soziale Arbeit.

ie wenig sich unsere Gesellschaft gegen die Gefahr einer dauerhaften Verfestigung der Armut engagiere, zeige ein Rechenexempel, so Flötotto. Ganze 0,17 Prozent und damit 55 Cent des Regelsatzes für 6- bis 13-Jährige seien monatlich für Bildung vorgesehen. Um auf ein Tablet für 300 Euro anzusparen, müssten Eltern diesen Betrag 45 Jahre lang zurücklegen. Wobei das noch viel sei, "für 14- bis 18-jährige Schüler sind es nur 0,07 Prozent, was 26 Cent entspricht", sagt der Caritas-Referent.

Auch wenn die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket dazukämen, reicht es laut Flötotto nicht, wie die Pandemie drastisch vor Augen geführt habe: "Für die in Armut aufwachsenden Kinder und Jugendlichen ist es nahezu unmöglich, als Erwachsene der Armut zu entkommen". Von der neuen Bundesregierung erwartet der Caritas-Mitarbeiter "bildungs- und sozialpolitische Maßnahmen". Das dürfe sich allerdings nicht nur in höheren Sätzen in einem Bürgergeld erschöpfen.

Frühe Förderung nötig

Notwendig seien zusätzlich mehr frühe Förderung, Schulsozialarbeit und Berufsorientierung. All diese Leistungen müssten auch jungen Menschen im Asylverfahren von Anfang an zur Verfügung stehen, fordert die Caritas.

BUNDESWEITER AKTIONSTAG

"Suchtberatung wirkt!"

S ie sind eine unverzichtbare Hilfe für suchtgefährdete und abhängigkeitskranke Menschen und deren Angehörige: die Suchthilfeangebote der Caritas und anderer Wohlfahrtsverbände. Obwohl die Angebote gerade auch in der Pandemie eine wichtige Anlaufstelle für die NRW-weit immerhin vier Millionen Suchtkranken sind, steht die Finanzierung der Suchthilfe vielerorts auf wackeligen Beinen. "Die Pandemie hat gezeigt, dass die Suchtberatung unverzichtbar ist", sagt Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Vorsitzender der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Sucht (KLAGS) in Nordrhein-Westfalen.

"Damit sie auch wirklich wirkt, ist eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Leistungen durch die Kommunen unerlässlich." Bisher sei diese eine freiwillige Leistung der Kommunen und somit nicht sichergestellt. Um das zu ändern, hatten Verbände und Beratungsstellen Anfang November einen Aktionstag Suchthilfe ausgerufen.

"Man muss wissen, was einem zusteht!"

rme Menschen erleben sich oft macht $oldsymbol{A}$ los und haben weniger Möglichkeiten, am sozialen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Viele wissen nicht, welche Unterstützungsleistungen ihnen zustehen. Die Gründe: Wissen wird nicht vermittelt, Leistungen werden nicht beworben. Zum Welttag der Armen am 14. November hat die Caritas die Politik aufgefordert, dafür zu sorgen, dass Menschen am Rand der Gesellschaft ihre Rechte wahrnehmen können. "Arme Menschen sind oft unwissend oder nicht in der Lage, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen und damit gleichberechtigt am Leben teilnehmen zu können. Sie benötigen Unterstützung und manchmal auch eine begleitende Hilfe für die Durchsetzung der eigenen Ansprüche", erklärt Michaela Hofmann, Armutsexpertin des Kölner Diözesan-Caritasverbandes.

Gesellschaftliche Ausgrenzung setze vor allem dann ein, wenn dringend notwendige Sozialleistungen ausblieben. Bedürftige wüssten häufig nicht, dass es eine Grundsicherung im Alter oder ein Anrecht auf Arbeitslosen- oder Wohngeld gebe, so Hofmann. "Man muss wissen, was einem zusteht und wie man diese Unterstützungsleistungen erhält. Nur so ist ein grundgesetzlich verbrieftes Leben in Menschenwürde möglich."

Die Politik habe deshalb die Aufgabe, die Umsetzung der Gesetze zu erleichtern, damit Menschen in Not nicht sich selbst überlassen blieben. "Zustehende Leistungen stehen nicht automatisch zur Verfügung oder stellen sich von allein ein", sagt Hofmann.

www.das-steht-dir-zu.de

REFORM DES STIFTUNGSRECHTS

"Stiften wird erleichtert"

N eue Chancen und bessere Arbeitsbedingungen für Stiftungen bietet die Reform des Stiftungsrechts, die die alte Bundesregierung noch durchgebracht hat. Die Reform werde sich auf das kirchliche Stiftungsrecht auswirken, das für die Caritas-Stiftungen maßgeblich sei. "Was uns besonders freut: Das Stiften wird insgesamt erleichtert", so Martin Novak, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Caritas-Gemeinschaftsstiftung für das Bistum Aachen: "Unser zentrales Anliegen ist es, Frauen und Männer für die Idee zu begeistern, eine sozial tätige Stiftung zu gründen." Dies werde nach Einführung der Reform noch leichterfallen. Einen weiteren Vorteil sieht Novak in der Abschaffung der landesspezifischen Regelungen. Diese seien uneinheitlich und vielfach lückenhaft gewesen. Nun würden Regelungen wie beispielsweise eine Satzungsänderung oder die Auflösung einer Stiftung durch Bundesrecht vereinheitlicht, detaillierter festgehalten und gleichzeitig erleichtert.



milien in NRW solidarisch zeigen. "Dieses großartige Ergebnis macht einfach nur sprachlos. Aus den vergangenen Jahren wissen wir, dass die Menschen in NRW zusammenhalten, wenn es darauf ankommt. Das haben wir auch bei den Corona-Hilfen erleben können. Aber die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Betroffenen der Hochwasser-Katastrophe sind so beeindruckend, dass einem fast die Worte fehlen. Mit der Unwetter-Hilfe hat die Aktion Lichtblicke abermals gezeigt, dass sie schnell und unbürokratisch auf außergewöhnliche Ereignisse reagieren kann und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet. Allen Spenderinnen und Spendern danken wir für diese große Unterstützung und das Vertrauen in unsere Hilfsaktion", so Dr. Frank Johannes Hensel, Vorstandsvorsitzender der Aktion Lichtblicke.

www.lichtblicke.de

unwetterhilfe@lichtblicke.de

AKTION LICHTBLICKE

Bestes Spendenergebnis aller Zeiten

Das Geschäftsjahr der Spendensaison 2020/2021 der Aktion Lichtblicke, das am 30. September endete, war in jeglicher Hinsicht ein ganz besonderes: Noch nie in der 23-jährigen Geschichte der Hilfsaktion konnte ein derart hohes Spendenergebnis erzielt werden: Über 16,3 Mio. Euro spendeten die NRW-Lokalradio-Hörer für die gute Sache. Das sind 11,7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.

T n dieser Rekordspendensumme sind L über 11,8 Mio. Euro mit dem Verwendungszweck "Unwetter-Hilfe" enthalten. Der Spendenbeirat tagte im vergangenen Geschäftsjahr 20-mal, davon siebenmal ausschließlich zur Vergabe von finanzieller Unterstützung im Rahmen der Unwetter-Hilfe. In der Saison 2020/2021 sind insgesamt 3248 Anträge positiv beschieden worden. Dadurch wurden rund 26000 Kinder mit einer Gesamtsumme von 10,7 Mio. Euro unterstützt. Darunter befanden sich 1069 Anträge zur Unwetter-Hilfe, die mit einer Gesamtsumme von über 6,5 Mio. Euro bewilligt wurden. So konnten 3398 Kinder und

Jugendliche sowie ihre Familien, die von der Hochwasser-Katastrophe Mitte Juli betroffen waren, unterstützt werden.

Zwei Tage nach dem Jahrhundert-Unwetter und der damit verbundenen Flutkatastrophe hatte die Aktion Lichtblicke Mitte Juli 2021 die Unwetter-Hilfe eingerichtet. Hier können Hörer des NRW-Lokalfunks gezielt für Familien mit Kindern in NRW spenden, die in den Fluten viel, manchmal auch alles verloren haben. Der Schwerpunkt der Unterstützung liegt in der Einzelfall-Hilfe. Die Aktion Lichtblicke möchte damit einen kleinen Lichtblick in dieser schwierigen Zeit anbieten und sich mit Fa-

Fusion

Der Caritasverband Altenkirchen und der Caritasverband Rhein-Sieg haben sich zusammengeschlossen. Im Sommer hatten die Vertreterversammlungen beider Verbände einer Verschmelzung zugestimmt, die jetzt vollzogen wurde. Der neue Verband firmiert unter Caritasverband Rhein-Sieg e. V. "Wir sind sicher, dass trotz der recht großen Entfernung zwischen Siegburg und Altenkirchen die Verschmelzung positiven Einfluss auf die Entwicklung einzelner Arbeitsfelder haben wird", heißt es in einer Pressemitteilung. Arbeitsplätze würden diesem Zusammenschluss nicht zum Opfer fallen. Die Entfernung der beiden Standorte bedinge, die Digitalisierung in der Beratungsarbeit zu fördern. 🔇

BFD als Sinnstifter

Mit einer Jubiläumsveranstaltung hat die Caritas im Erzbistum Paderborn den Bundesfreiwilligendienst (BFD) anlässlich seines zehnjährigen Bestehens gewürdigt. Im Unterschied zu anderen Freiwilligendiensten wende sich der BFD als "sozialer Lerndienst" an Frauen und Männer jeden Alters, sagte Diözesan-Caritasdirektorin Esther van Bebber vor Bundesfreiwilligen sowie Vertretern aus Politik, Arbeitsagentur und von Einrichtungsträgern in Soest. Mehr als 6000 Menschen, unter ihnen rund 650 Über-27-Jährige, hätten sich in den vergangenen zehn Jahren mit einem Bundesfreiwilligendienst in den rund 500 Einsatzstellen der Caritas im Erzbistum Paderborn engagiert und eingebracht. "Das kann sich als Zeichen großen bürgerschaftlichen Engagements sehen lassen", sagte Esther van Bebber. Der BFD sei wichtig als "Sinnstifter" und als Förderer des Zusammenhalts in der Gesellschaft, lobte Christoph Steegmans, der im Bundesfamilienministerium die Freiwilligendienste steuert.

Gegen illegale "Pushbacks"

Sowohl die geschäftsführende Regierung als auch die Ampelkoalition muss nach Ansicht des Flüchtlingsbeauftrag-

ten des Bistums Münster, Helmut Flötotto, klar Stellung beziehen gegen die rechtswidrigen Pushbacks an der polnischen Grenze zu Belarus. In vielerlei Hinsicht sei "die Situation dort unerträglich". Nach Ansicht Flötottos könne und solle Deutschland die überschaubare Zahl an Flüchtlingen aufnehmen. Die Drohungen der EU gegenüber den Fluglinien zeigten Wirkung, sodass kein Sogeffekt zu befürchten sei.

Unerträglich sei auch, dass dem UNHCR nicht erlaubt werde, den Menschen zu helfen, und dadurch eine humanitäre Katastrophe heraufbeschworen werde, erklärt Flötotto, der das Referat Soziale Arbeit im Diözesan-Caritasverband Münster leitet. Geradezu skandalös und mit den immer wieder beschworenen Werten der Europäischen Union nicht in Einklang zu bringen, sei die Bezeichnung der Flüchtlinge als "hybride Bedrohung": "Das ist Kriegsrhetorik und hat mit der Lage von Flüchtlingen allgemein und speziell an der Grenze zu Belarus nichts zu tun", sagt Flötotto.

AUDIOPREIS DER LANDESANSTALT FÜR MEDIEN

Sozialpreis verliehen

Für seinen Radio-Beitrag "Wenn Menschen Hilfe brauchen – Betreute und ihre Berufsbetreuer" hat Maik Kivelip den Sozialpreis beim LfM-Audiopreis erhalten. Der Preis ist mit 2500 Euro dotiert und wurde in einer digital übertragenen Festveranstaltung verliehen.

G estiftet hat den Sozialpreis im Rahmen des Audiopreises der Landesanstalt für Medien (LfM) die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW (LAG FW).

"Maik Kivelip hat für den Lokalfunk über soziale Not und den Alltag eines Berufsbetreuers emotional und informativ berichtet - er hat den Preis sehr verdient", sagte Dr. Frank Johannes Hensel, Vorsitzender der LAG Freie Wohlfahrtspflege. Kivelip, Journalist und Moderator des Lokalradios im Rhein-Kreis Neuss (Radio NE-WS 89,4), erzählt anhand von drei Schicksalen, wie Menschen, die aus der Bahn geworfen wurden, mithilfe eines Betreuers wieder Fuß fassen. "Kivelips Beiträge sind journalistisch sauber recherchiert. Die Geschichten der betroffenen Menschen sind sachlich

erzählt und beleuchten viele unterschiedliche Facetten des Berufsbildes 'Betreuer'. Rechtliche Hintergründe runden die Beiträge ab", lobte Hensel, der auch Jury-Vorsitzender für den Sozialpreis ist.

Kivelip sei es gelungen, eine große Nähe zu den Betroffenen herzustellen und bei den Hörerinnen und Hörern Interesse für das Thema Berufsbetreuung zu wecken. "Das ist ja auch die große Stärke des Lokalfunks, dass er nah bei den Menschen ist, bei ihren alltäglichen Freuden und Problemen", unterstrich Hensel.

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW stiftet seit 2017 den "Sozialpreis NRW" im Rahmen des LfM-Audiopreises, um Audiobeiträge zu sozialen Themen besonders auszuzeichnen.

www.medienanstalt-nrw.de

Hauptsache Arbeit, oder was?

Corona hatte es letztes Jahr in der Fleischindustrie an die breite Öffentlichkeit gebracht: Ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse sind in Nordrhein-Westfalen nach wie vor weit verbreitet.

n Essen diskutierten jüngst Caritas-Experten, Wissenschaftler, Behördenvertreter und Engagierte, wie das Problem politisch, praktisch und sozialethisch anzupacken ist. Der Caritasverband Gütersloh hat hier eine Vorzeigerolle, engagiert er sich doch schon seit einigen Jahren vor allem in der Beratung und Betreuung von Arbeitskräften aus Rumänien und Bulgarien. Die sind oft in den industriellen fleischverarbeitenden Betrieben, wie beispielsweise der Firma Tönnies, eingesetzt. Das neue Arbeitsschutzkontrollgesetz, das infolge der öffentlichen Diskussion im letzten Jahr durchgesetzt werden konnte, war ein erster Schritt, es ist seit Anfang Januar in Kraft. Mehr und strengere Kontrollen, öffentliche Diskussionen, dazu niedrigschwellige Beratung sind weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Ausbeutung.

Der nordrhein-westfälische Arbeitsund Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) hatte die früheren Erwerbslosenberatungsstellen für Erwerbslose umstrukturieren lassen. Seit Januar 2021 haben sie einen neuen Beratungsschwerpunkt im Bereich der Information und Beratung gegen Arbeitsausbeutung. 1200 Beratungen zum Thema Ausbeutung zählten die Beratungsstellen Arbeit nach ihrer Neuausrichtung.

Ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse funktionieren in Deutschland nicht über den Lohn, sondern über die Arbeitszeit. Die Betroffenen arbeiten in vielen Branchen: Reinigungskräfte in Hotels und Restaurants, Helfer in der Logistik, in Haushalten – auch bei der sogenannten 24-Stunden-Pflege – und die Erntehelfer auf den Erdbeer- und Spargelfeldern arbeiten und leben oft unter menschenunwürdigen Bedingungen.

Oft sind es Migranten, deren Arbeitszeit nur auf dem Papier steht. Formal erhalten sie den Mindestlohn, unter Berücksichtigung der tatsächlichen Arbeitszeit aber werden sie ausgebeutet. Das hat der NRW-Sozialminister als Problem zum Beispiel in der Fleischindustrie erkannt und im vergangenen Jahr durchgesetzt, dass die Arbeitszeit elektronisch erfasst wird. Dabei kann jetzt nicht mehr ganz so leicht betrogen werden. Doch muss man auch realistisch analysieren, dass sich zwar die Strukturen und Rahmenbedingungen geändert haben, aber die handelnden Personen oft dieselben sind wie vorher: Vorarbeiter, Schichtleiter etc. Dass viele Arbeitsmigranten die deutsche Sprache nur rudimentär oder gar nicht beherrschen und natürlich die Rechtslage nicht kennen, erschwert es



Bernhard Ulrich, Gruppenleiter Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktpolitik, Migration im MAGS Foto: Lahrmann

ihnen, sich gegen ungerechte und ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse aufzulehnen. Wer's Maul aufreißt, fliegt – so ist es häufig in der Wirklichkeit. Umso wichtiger sind Beratung und Unterstützung.

Bernhard Ulrich aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) kündigte auf der Caritas-Fachtagung weitere Maßnahmen an: konkret einen Rechtsberatungspool zur Stärkung der Beratungsstellen. Auch arbeite man an Strukturen. um das Schlepper-Unwesen auszutrocknen. Die Caritas wie die Freie Wohlfahrtspflege insgesamt seien wichtige Partner, auf deren Kooperation man setze. Gemeinsames Ziel sei die Stärkung der betroffenen Menschen. Ulrich berichtete von Anzeichen, dass das Arbeitsschutzkontrollgesetz Wirkung zeige. Man verzeichne verstärkt Versuche von Unternehmen, sich einer anderen Branche zuzuordnen, um dem Geltungsbereich des Gesetzes zu entkommen. Dann werde aus einem fleischverarbeitenden über Nacht ein fleischveredelnder Betrieb. Solche Umgehungsversuche müsse man natürlich beobachten und ggf. die Gesetzeslage nachschärfen.

Theo Arnoldus vom Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV), einem Gewerkschaftsbund aus den Niederlanden, berichtete auf der Tagung über grenzüberschreitende Leiharbeit. Dabei werden osteuropäische Arbeiterkolonnen in Deutschland untergebracht, zum Arbeiten fahren sie täglich über die Grenze in die Niederlande. Die unterschiedliche Rechtslage und fehlende oder schwierige Kooperation zwischen den Behörden der beiden Staaten erleichtern ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse. Arnoldus berichtete von entlassenen Arbeitern, die automatisch obdachlos wurden. Zum Teil leben obdachlos gewordene Menschen zu jeder Jahreszeit ohne Krankenversicherung und sozialen Schutz in den Wäldern beidseitig der Grenze. Es sei von teilweise kriminellen Strukturen auszugehen; wer sich zu sehr einmische, werde "verwarnt", sagte er. Das deutet auf mafiöse Strukturen hin, die neben dem Zoll auch andere Polizeidienststellen interessieren dürften.

Den Zusammenhang von atypischer Beschäftigung (befristet, geringfügig, in Teilzeit beschäftigt oder in Zeitarbeit) und prekärer Beschäftigung erklärte Timo Baas, Professor für Wirtschaftslehre an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg. Zehn Prozent der geringfügig Beschäftigten in NRW erhalten aufstockende Leistungen nach dem SGB II – das sei relativ viel, so Baas. Sein Fazit: Man sollte atypische Beschäftigungsformen reduzieren, um Armut zu bekämpfen.

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstr. 3, 40219 Düsseldorf Tel.: 0211 / 5160 66-20, Fax: 0211 / 5160 66-25 redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Caritasverband für das Bistum Essen e. V. Chefredakteur: Markus Lahrmann

Titelfotos: Caritas

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln **Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104 astrid rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527